

# Newsletter EU KOMP@KT 4-2020

Ausgabe vom 27. Februar 2020

## INHALT

Aktuelles	1
Wirtschaft/Finanzen/Regionalpolitik	2
Beschäftigung	2
Soziales/Chancengleichheit	2/3
Gesundheit und Sport	3/4
Umwelt/Naturschutz	4
Landwirtschaft/ländlicher Raum	4/5
Verkehr	5/6
Bildung/Mehrsprachigkeit	6
Konsultationen	6/7
Ausschreibungen	7
Impressum	7

## Sondergipfel zum MFR endet ohne Ergebnis

(UK) Das Treffen der Staats- und Regierungschefs, das am Donnerstag, den 20. Februar 2020, begonnen hatte und nach den Planungen des Rates bis zum Samstag hätte dauern können, war bereits am Freitag [beendet](#). Zu groß waren die Differenzen zwischen den Staaten, die ein möglichst großes Gesamtbudget für die kommenden sieben Jahre fordern, und denen, die auf eine strikte Obergrenze von 1 % des Bruttonationaleinkommens der EU bestehen (Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden). Wie Ratspräsident Charles Michel im Anschluss erklärte, habe man festgestellt, „dass wir mehr Zeit benötigen. Wir sind uns dessen bewusst, dass dieser europäische Haushalt ein sehr komplexes Thema ist und dass die Verhandlungen, insbesondere nach dem Brexit und der Lücke von 60 bis 75 Mrd. Euro, sehr schwierig sind“. Wann ein neuer Einigungsversuch auf höchster politischer Ebene unternommen wird, ist noch nicht bekannt.



©www.consilium.europa.eu/de/press/  
Ratspräsident Charles Michel (im Bild links) mit dem kroatischen Ministerpräsidenten Andrej Plenković

## Künstliche Intelligenz

(WB) Die EU-Kommission hat am 19. Februar 2020 eine [Strategie für ein digitales Europa](#) vorgestellt und dabei ihre europäische Datenstrategie und politische Optionen für die Entwicklung der künstlichen Intelligenz konkretisiert. Präsidentin von der Leyen möchte, dass dieses [digitale Europa](#) das Beste widerspiegelt, was Europa zu bieten habe – Offenheit, Fairness, Vielfalt, Demokratie und Vertrauen. Die Strategie decke alles von der Cybersicherheit über kritische Infrastrukturen, digitale Bildung und Kompetenzen bis hin zur Demokratie und Medien ab. Es sollen sektorspezifische Maßnahmen eingeleitet werden, um europäische Datenräume u. a. in den Bereichen Mobilität oder Gesundheit zu schaffen.

## WIRTSCHAFT, FINANZEN, REGIONALPOLITIK

### Steuern: Neue Staaten auf der schwarzen Liste

(UK) Beim ECOFIN-Rat am 18. Februar 2020 haben die EU-Finanzminister/innen die Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuerzwecke um vier Staaten [erweitert](#). Die Kaimaninseln, Palau, Panama und die Seychellen haben in einer vereinbarten Frist nicht die Steuerreformen umgesetzt, zu denen sie sich verpflichtet hatten. Als britisches Überseegebiet konnten die Kaimaninseln bis zum Austritt Großbritanniens aus der EU am 31. Januar 2020 nicht gelistet werden. Die Liste umfasst nun 12 Staaten. Sie hat momentan in erster Linie eine Prangerwirkung, mit der die gelisteten Staaten zur Aufgabe von schädlichen Steuergestaltungsmöglichkeiten bewegt werden sollen. Im Dezember 2019 hatte der ECOFIN einen [Bericht](#) der Arbeitsgruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ angenommen und die darin enthaltenen Leitlinien für die weitere Koordinierung der Abwehrmaßnahmen im Steuerbereich gebilligt. Die Mitgliedstaaten werden darin angehalten, auch legislative Maßnahmen, etwa erhöhte Dokumentationspflichten bei der Zusammenarbeit mit den gelisteten Staaten, zu ergreifen.



### Mögliches Defizitverfahren gegen Rumänien

(UK) Am 14. Februar 2020 hat die Europäische Kommission einen [Bericht](#) (en.) über die Einhaltung der Defizitkriterien des rumänischen Staates verabschiedet. Zwar liege Rumänien danach mit einer Staatsverschuldung von 34,7 % in 2018 klar unter dem Referenzwert von 60 %, das strukturelle Jahresdefizit von 3,8 % in 2019 lasse jedoch bei unveränderter Fiskalpolitik ein Überschreiten im Jahr 2025 befürchten. Folglich halte Rumänien das Defizitkriterium nicht ein, und die Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit sei ge-

rechtfertigt. Nun hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss des Rates zwei Wochen Zeit, eine Stellungnahme zum Bericht abzugeben.

## BESCHÄFTIGUNG

### Erwerbstätigkeit wächst

(WB) Die [Zahl der Erwerbstätigen](#) stieg im vierten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal im Euro-Raum um 0,3 % und in der Gesamt-EU um 0,2 %. Im dritten Quartal 2019 war die Erwerbstätigkeit sowohl im Euroraum als auch in der Gesamt-EU um 0,1 % gestiegen. Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres stieg die Erwerbstätigkeit im vierten Quartal 2019 im Euroraum um 1,0 % und in der Gesamt-EU um 0,9 %. Nach einer Schätzung des jährlichen Wachstums für 2019 stieg die Beschäftigung im Euroraum um 1,1 % und in der Gesamt-EU um 1,0 %. In Deutschland war die Erwerbstätigkeit im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal unverändert. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres stieg sie um 0,5 %.

## SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

### Ratstagung 17. Februar

(WB) Der Rat billigte am 17. Februar 2020 die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der [Empfehlung](#) zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets. Die Empfehlung schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2020-2021 einzeln und gemeinsam bestimmte Maßnahmen ergreifen. Der Rat erhob [keine Einwände](#) gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung einer rotierenden Mehrjahresplanung für Sozialstatistiken. Er erhob ebenfalls [keine Einwände](#) gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Arbeitskräfte. Der Rat erhob außerdem [keine Einwände](#) gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen.

### Rechtsstellung der Frau

(WB) Das EU-Parlament (EP) verabschiedete am 13. Februar 2020 eine [Entschließung](#) zu den Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der

Frau (9. bis 20. März 2020). Das EP empfiehlt dem Rat zu bekräftigen, dass er hinter der Aktionsplattform von Peking sowie den nachfolgenden Überprüfungskonferenzen steht und zu bekräftigen, dass die Arbeit für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter einen koordinierten und bereichsübergreifenden Ansatz erfordert, an dem alle Interessenträger beteiligt sind und mit dem die anhaltenden vielfachen Formen der Diskriminierung, vorherrschenden geschlechtsspezifischen Stereotypen und die mangelnde Gleichstellung der Geschlechter angegangen werden

## GESUNDHEIT UND SPORT

### Coronavirus: verstärkte Koordination und Hilfspaket

(WB) Die EU-Gesundheitsminister sowie die zuständigen EU-Kommissionsmitglieder Lenarčič und Kyriakides haben sich am 13. Februar 2020 bei einem [Sondertreffen](#) des Rates zu einer [verstärkten Koordination](#) bekannt, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus COVID-19 in Europa einzudämmen. Dafür spielen die Isolierung von betroffenen Patienten und die Rückverfolgung von Kontaktpersonen eine entscheidende Rolle. Die EU-Mitgliedstaaten werden sich eng an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO halten und China bei der Bekämpfung des Virus weiter unterstützen. „Wachsamkeit ist geboten, falls sich die Lage verschlechtert“, so Kyriakides. Am 24. Februar ließ die Kommission verlauten, dass sie rund um die Uhr arbeite, um die EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen und die internationalen Bemühungen zur Verlangsamung der Verbreitung von COVID-19 zu verstärken. Dazu hat sie ein neues Hilfspaket im Wert von 232 Mio. Euro angekündigt. Ein Teil dieser Mittel werde sofort für verschiedene Sektoren bereitgestellt, während der Rest in den nächsten Monaten freigegeben wird. "Da die Zahl der Fälle weiter steigt, ist die öffentliche Gesundheit die oberste Priorität. Ob es darum geht, die Bereitschaft in Europa, in China oder anderswo zu erhöhen, die internationale Gemeinschaft muss zusammenarbeiten. Europa ist hier, um eine führende Rolle zu spielen", so EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Dazu, EU-Kommissar für Krisenmanagement und europäischer Koordinator für Notfallmaßnahmen Lenarčič: "Bei bereits mehr als 2 600 Toten gibt es keine andere Möglichkeit, als sich auf allen Ebenen vorzubereiten. Unser neues Hilfspaket wird die Weltgesundheitsorganisation unterstützen und gezielt Mittel bereitstellen, um sicherzustellen, dass Länder mit schwächeren Gesundheitssystemen nicht zurückbleiben. Unser Ziel ist es, den Ausbruch auf globaler Ebene einzudämmen."

### EU-Arzneimittel-Informationen

(WB) Die EU-Kommission, die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und das Netzwerk der Leiter der europäischen Arzneimittelzulassungsbehörden haben am 29. Januar 2020 [Grundsätze](#) für die Verwendung von elektronischen Produktinformationen zu Arzneimitteln veröffentlicht. Ziel ist ein harmonisierter Ansatz für die Entwicklung und Verwendung elektronischer Produktinformationen für Humanarzneimittel in der EU. Digitale Plattformen eröffnen zusätzliche Möglichkeiten, Produktinformationen für Patienten elektronisch zu verbreiten. Damit könne Kompatibilität mit anderen elektronischen Gesundheitssystemen wie elektronische Gesundheitsakten hergestellt werden. Außerdem könne besser auf die Bedürfnisse von Patienten und Angehörigen der Gesundheitsberufe eingegangen werden.

### Krankenschwester und Hebamme: Internationales Jahr

(WB) Krankenschwestern und Hebammen spielen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten. Sie widmen ihr Leben der Betreuung von Mutter und Kind, geben lebensrettende Impfungen und Gesundheitsberatung, kümmern sich um ältere Menschen und erfüllen im Allgemeinen die alltäglichen Gesundheitsbedürfnisse. Sie sind oft die erste und einzige Anlaufstelle in ihren Gemeinden. Die Welt braucht 9 Millionen mehr Krankenschwestern und Hebammen, wenn sie bis 2030 eine universelle Gesundheitsversorgung erreichen will. Deshalb hat die Weltgesundheitsversammlung das Jahr 2020 zum Internationalen Jahr der Krankenschwester und der Hebamme [erklärt](#).



### EU unterstützt im Kampf gegen Krebs

(WB) Die Europäische Investitionsbank (EIB) [unterstützt](#) im Rahmen der EU-Investitionsinitiative die ITM Isotopen Technologien München AG für innovative Krebstherapien mit 40 Mio. €. Die Gelder sollen zur Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Biotechnologie-Unternehmens beitragen. Konkret geht es um die Forschung und Entwicklung von Therapien gegen eine Reihe von Krebsarten wie neuroendokrine Tumore und Knochenmetastasen. Das Darlehen für ITM wird durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFPI) unterstützt. Besser bekannt als

„Juncker-Plan“, arbeiten bei dieser Initiative die EIB und die Europäische Kommission als strategische Partner zusammen. Bis Dezember 2019 hat der Investitionsplan EU-weit Investitionen in Höhe von 458,8 Mrd. Euro mobilisiert.

## Dämmt EU-Tabakbesteuerung Zigarettenkonsum ein?

(WB) Die derzeitigen Vorschriften zur Tabakbesteuerung funktionierten zwar gut hinsichtlich Vorhersehbarkeit und Stabilität der Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten, verhindern den hohen Tabakkonsum in der EU aber [nicht mehr ausreichend](#). Notwendig sei ein umfassenderer Ansatz, der alle Aspekte der Tabakkontrolle einschließlich der öffentlichen Gesundheit, der Besteuerung, der Bekämpfung des illegalen Handels und der Umweltbelange berücksichtigt. Dies geht aus der [Bewertung der EU-Vorschriften](#) zur Besteuerung von Tabakwaren hervor, die die EU-Kommission am 10. Februar 2020 veröffentlicht hat. Die Erhöhung der EU-Mindestsätze für Zigaretten und Feinschnitttabak habe nur in den Mitgliedstaaten Auswirkungen gehabt, die von vornherein ein sehr niedriges Steuerniveau hatten.

## UMWELT UND NATURSCHUTZ

### ENVI fordert strengen Gewässerschutz

(AZe) Der Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europaparlaments tauschte sich am [17. Februar 2020](#) mit der EU-Kommission über die Schlussfolgerungen aus dem Fitness-Check (Eignungsprüfung) zur europäischen Wassergesetzgebung ([Bericht](#)) und zur [kommunalen Abwasserrichtlinie](#) (Bericht [1](#) & [2](#)) aus. Laut den Ergebnissen der Kommission ([Präsentation](#)) war die [Wasserrahmenrichtlinie](#) (WRRL) von 2000 einerseits erfolgreich im Aufbau einer geeigneten Governance-Struktur für die gemeinsame Bewirtschaftung von Flussgebieten; andererseits bestehen noch Defizite in der Umsetzung des „guten Zustands“ in europäischen Gewässern bis spätestens 2027, die mit einer unzureichenden Finanzierung und der fehlenden Einbindung in die sektoralen Politiken in Verbindung gebracht werden. Als problematisch in der Bewertung erweist sich hierbei das sog. „one-out all-out“-Prinzip der WRRL (nach dem der Gesamtzustand eines Gewässers nur dann als „gut“ zu klassifizieren ist, wenn alle enthaltenen Parameter mindestens als „gut“ bewertet werden), da es partielle Fortschritte wie z.B. Verbesserungen in der Konzentration einzelner Schwermetalle nicht abbildet. Viele Abgeordnete befürchten, dass die Umweltauflagen der Mitgliedstaaten in der Umsetzung verwässert werden und die Bewertung von Chemika-

lien und Arzneimitteln in Abwässern nicht risikogerecht ausfallen könnte. Für die [Hochwasserrichtlinie](#) von 2007 erscheint der Kommission eine Einschätzung verfrüht, da diese sich noch im ersten Implementierungszyklus des Hochwasserrisikomanagements (2016-2021) befindet. Die Kommission beabsichtigt keine Neueröffnung der WRRL, schließt Nachbesserungen in bestimmten Bereichen aber nicht aus.

### ENVI-Debatte über Immissionschutz

(AZe) Am 17. Februar 2020 werteten die Parlamentarier und Kommissionsvertreter im ENVI-Ausschuss ebenfalls den Fitness-Check zu den Luftqualitätsrichtlinien ([Bericht](#)) aus. Im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Normen (Richtlinien [2004/107/EG](#) und [2008/50/EG](#)) zur Verbesserung der Luftqualität kam die Kommission zu einem ambivalenten Ergebnis ([Präsentation](#)): Demnach sind Luftqualitätsstandards für 13 besonders schädliche Schadstoffe und ein großflächiges Überwachungsnetz eingeführt worden.

Diese Grenzwerte überschreiten jedoch die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und werden in Deutschland und fünf weiteren Mitgliedstaaten nicht eingehalten (Vertragsverletzungsverfahren seit [Mai 2018](#) anhängig). Insofern weise die Umsetzung der Überwachung und Berichterstattung Verbesserungspotential auf. Laut [Umweltbundesamt](#) ist die Luftbelastung (NO<sub>2</sub>, Feinstaub) allerdings im Jahr 2019 in vielen deutschen Städten zurückgegangen und überschreitet den Höchstwert nur noch bei 20 % der Messstationen (2018: 40 %), was auf den Einsatz schadstoffarmer Busse und Tempolimits zurückgeführt wird.



## LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHER RAUM

### EU-Förderung von Agrarinnovationen

(AZe) Im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des Europaparlaments (EP) fand am 18. Februar 2020 eine öffentliche [Anhörung](#) zum Thema „EU-Förderung von Innovationen in der Landwirtschaft“ statt. Im [Fokus](#) standen die Fördermöglichkeiten ab 2021 im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ ([EIP-AGRI](#)) sowie im Forschungsrahmenprogramm [Horizont Europa](#) und der darin enthaltenen künftigen Mission „[Soil Health and Food](#)“. Die Panelist/-innen stellten die künftigen Herausforderungen der Agrarforschung und europäische Good-Practice-Beispiele vor ([Präsentationen](#)). Vertreter/-innen der Generaldirektionen für Landwirtschaft (DG AGRI) und Forschung und Entwicklung (DG RTD) betonten die zentrale Rolle eines ausreichenden Forschungsbudgets und des Innovationstransfers. Sie sprachen sich für die Einrichtung von Reallaboren und der beratenden Landwirtschaftlichen Wissens- und Innovationssysteme ([AKIS](#), Art. 13 Strategieplan-VO) aus, um eine bessere Zusammenarbeit von Forschern und Landwirten in der neuen Förderperiode zu gewährleisten.



## Katainen-Bericht zu GAP-Übergangsregeln

(AZe) Am 18. Februar 2020 legte die Berichterstatterin [Elsi Katainen](#) (Fraktion Renew Europe) dem AGRI-Ausschuss einen [Berichtsentwurf](#) über die Änderungsanträge zum Verordnungsvorschlag über die GAP-Übergangsvorschriften [COM\(2019\)581 final](#) („Übergangsverordnung“) vor. Er sieht im Wesentlichen vor, dass (1) in der Finanzierung kein Mittelrückgang stattfindet, (2) die aktuellen GAP-Regeln mit neuem Geld fortgesetzt werden und (3) die Dauer der Übergangsfrist flexibel geregelt wird, d.h. abhängig vom Fortschritt in den Verhandlungen über den MFR und die GAP-Reform („Vorsorgeklausel“). Die neu in Artikel 1 eingeführte Vorsorgeklausel legt fest, dass der Übergangszeitraum zunächst ein Jahr beträgt und bis Dezember 2022 verlängert wird, sollte bis Ende Juni 2020 keine Einigung in den Verhandlungen zum MFR und der GAP-Reform erzielt werden (Stichtag 30. September 2020 für Amtsblattveröffentlichung). Damit soll ein „geschmeidiger Übergang“ zu den neuen GAP-Regeln und die kontinuierliche Fortführung der Agrarbeihilfen und Programme sichergestellt werden. Der Bericht fand großen Zuspruch in der Ausschussdebatte; die Beiträge konzentrierten sich vor allem auf die Länge der Übergangsfrist. Eine Abstimmung wird allerdings nicht vor April 2020 erwartet und der Rat wird sich der Übergangsverordnung frühestens wieder Ende März widmen. Bezüglich des damit verbundenen Verordnungsvorschlags über die Haushaltsdisziplin und Flexibilität zwischen den Säulen [COM\(2019\)580 final](#) („Flexibilitätsverordnung“) hatten das EP bereits im Dezember 2019

und der [Rat](#) im Januar 2020 ihre Standpunkte ohne Änderungen angenommen.

## VERKEHR

### TRAN über die Mobilität im ländlichen Raum

(AZe) Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) des Europaparlaments setzte sich am 19. Februar 2020 in einer [Anhörung](#) mit der Entwicklung eines nachhaltigen ÖPNV in dünn besiedelten Gebieten auseinander. Vier Expert/-innen aus Portugal, Schweden, der Tschechischen Republik und Belgien diskutierten mit den Abgeordneten die spezifischen Merkmale und Herausforderungen dieser Gebiete und die herausragende Bedeutung von Mobilitätsdienstleistungen für deren Bevölkerung. Neben bewährten Praktiken und Fallstudien wurden Empfehlungen für die Planung (Logistik, Sharing-Modelle, Preispolitik etc.) eines intermodalen und interoperablen ÖPNV [präsentiert](#).

### Neue Verkehrsstrategie

(AZe) Am 20. Februar 2020 gab die rumänische EU-Verkehrskommissarin [Vălean](#) einige Eckpunkte ihrer Pläne zu der für Ende 2020 angekündigten Verkehrsstrategie im [TRAN](#)-Ausschuss bekannt. Diese zielt auf die Schaffung eines sicheren, nachhaltigen und intelligenten Verkehrssektors ab. Zu diesem Zweck will die EU-Kommission im vierten Quartal dieses Jahres zwei Legislativvorschläge zur Nutzung alternativer Kraftstoffe im Luft- und Schifffahrtsektor vorlegen und zur Finanzierung des Ausbaus der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und von Tankstellen für alternative Kraftstoffe aufrufen. Überdies betonte sie die Rolle des Schienenverkehrs bei der Entlastung des Straßengüterverkehrs und die der Verkehrsdigitalisierung für dessen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Zugänglichkeit. Auf Nachfrage der Abgeordneten sicherte Vălean außerdem Fortschritte in den festgefahrenen Verfahren zur Schaffung des [Single European Sky](#) und zur Überarbeitung der [Eurovignette](#) (Richtlinienvorschlag [COM\(2017\)275 final](#)) zu.

### PCI-Liste mit Klimazielen vereinbaren

(AZe) Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EP stimmte am 18. Februar 2020 über einen [Entschließungsantrag](#) ab, in dem er die EU-Kommission auffordert, bis Ende 2020 Übergangsleitlinien für die Finanzierung innerhalb der Connecting Europe Facility ([CEF](#)) und die Auswahl von europäischen Energieinfrastrukturprojekten im Rahmen der 5. PCI-Liste vorzuschlagen, damit diese Kriterien im Einklang mit den Klimaschutzverpflichtungen der EU nach dem Pariser Abkommen und dem Ziel der Klimaneutralität bis

2050 stehen. Demnach seien die gegenwärtig geltenden Kriterien, die in der 2013 verabschiedeten Verordnung über das Transeuropäische Energienetz ([TEN-E](#)) festgelegt wurden, überholt und bedürfen einer Anpassung an die neuen klimapolitischen Ambitionen der EU. Die grenzüberschreitenden Projekte von gemeinsamem Interesse ([PCIs](#)) sollen die Energiesysteme der Mitgliedstaaten miteinander verbinden, profitieren von beschleunigten und vereinfachten Genehmigungsverfahren und können CEF-finanziert werden. Die 5. PCI-Liste wird im Herbst 2021 nach den Leitlinien des TEN-E veröffentlicht. Eine Überarbeitung dieser Leitlinien plant die Kommission Ende dieses Jahres anzustoßen, um die Energie- und Klimaziele der EU für 2030 sowie 2050 und das im [Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal](#) eingeführte Prinzip „Energieeffizienz an erster Stelle“ (energy efficiency first) stärker zu berücksichtigen. Allerdings könnte nach Aussage der estnischen EU-Energiekommissarin [Simson](#) die Revision nicht rechtzeitig bis zur Annahme der Liste abgeschlossen sein. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit (55 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen) angenommen und wird im März im Plenum zur Abstimmung gestellt.



## BILDUNG UND MEHRSPRACHIGKEIT

### Ratstagung 20. Februar

(WB) Der Rat verabschiedete am 20. Februar 2020 eine [Entschließung](#) zur allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters. Allgemeine und berufliche Bildung werde von entscheidender Bedeutung für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Zukunft sein. Sie entspreche nicht nur den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, sondern ermögliche auch die persönliche Entfaltung, den sozialen Zusammenhalt und Gesellschaften ohne Ausgrenzung. Im Rahmen des Europäischen Semesters sei den Herausforderungen und Zielen im Zusammenhang mit der allgemeinen und beruflichen Bildung mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden, was sich in einer größeren Zahl entsprechender länderspezifischer Empfehlungen widerspiegele. Diese Praxis solle verstärkt werden. Der Rat führte auf der Basis eines Vermerks des Vorsitzes eine [Aussprache](#) zu „Brain Circulation (zirkuläre Wanderung Hochqualifizierter) – eine treibende Kraft des europäischen Bildungsraums.“

Dies bedeute, dass Entwicklungsländer von den Kompetenzen, dem Wissen und den anderweitigen Erfahrungen, die ihre Migranten erworben haben, profitieren können. Die Minister/innen betonten, dass die Freizügigkeit ein Grundprinzip der EU sei und dass die Vorteile der Lernmobilität klar seien. Sie waren sich darin einig, dass Europa als Ganzes attraktiver werden müsse, um talentierte Menschen zu halten oder anzuziehen. Sie betonten ferner, dass das Problem nicht allein im Bildungssektor erfolgreich angegangen werden könne, sondern dass auch der Demografie und dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen werden müsse.

Der Vorsitz informierte den Rat über den Sachstand zum [strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit](#) in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung nach 2020. Die Minister betonten den Nutzen des derzeitigen Monitors für allgemeine und berufliche Bildung (ET2020). Sie [forderten](#) ferner einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Bereiche und Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie alle Lernkontexte einbezieht, um den Kooperationsrahmen und den Vorschlag für den Europäischen Bildungsraum weiterzuentwickeln.

## KONSULTATIONEN

### Fahrpläne für Farm2Fork und gegen illegalen Artenhandel

(AZe) Gegenwärtig konsultiert die EU-Kommission Behörden, Interessensgruppen und Bürger/innen zu den Fahrplänen der folgenden geplanten Maßnahmenpakete:

Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Farm2Fork) für nachhaltige Lebensmittel – [Konsultation](#) noch bis zum 16. März 2020;

Bewertung des EU-Aktionsplans gegen den illegalen Artenhandel – [Konsultation](#) noch bis zum 18. März 2020.

### Empfehlung zur Roma-Politik

(WB) Die EU-Kommission veröffentlichte am 17. Februar 2020 einen [Fahrplan](#) zum Vorschlag für eine Empfehlung „Roma-Politik – Bekämpfung von Diskriminierung und sozioökonomischer Ausgrenzung nach 2020“. Die EU stelle ihren Mitgliedstaaten Leitlinien für die Gestaltung von Strategien zur Eingliederung der Roma bereit. Das derzeitige Leitlinienpaket laufe aus, sodass ein neuer Rahmen ausgearbeitet werde. Dessen Ziel bestehe darin, die Diskriminierung und die sozioökonomische Ausgrenzung der Roma zu bekämpfen; die Armut der Roma zu bekämpfen und ihren gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum zu fördern. Feedback wird bis 16. März erbeten. Die Annahme der Empfehlung ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

## Biozidprodukte mit endokrinschädigenden Eigenschaften

(WB) Noch bis 12. März 2020 läuft eine [Konsultation](#) der EU-Kommission zum Entwurf einer Delegierten Verordnung zu Biozidprodukten mit endokrinschädigenden Eigenschaften.

## Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung

(UK) Nachdem die Europäische Kommission am 5. Februar 2020 mit der [Mitteilung](#) zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung den Anstoß für eine öffentliche Diskussion über die Überarbeitung der europäischen Fiskalregeln gegeben hatte, ist nun auch die [Internetseite für die Konsultation](#) (en.) freigeschaltet. Hier haben Unternehmen, Organisationen, die öffentliche Hand, aber auch die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, bis zum 30. Juni 2020 ihre Meinungen zu den von der Kommission aufgeworfenen Fragen abzugeben. So kann man sich beispielsweise dazu äußern, ob und wie öffentliche Investitionen in den Klimaschutz von der Berechnung der Staatsverschuldung ausgenommen werden sollten. Die Fragenmaske ist in englischer Sprache, Beiträge können aber in allen Unionssprachen verfasst werden. Im Herbst oder Winter 2020 wird die Kommission dann Vorschläge veröffentlichen, in die auch die Resultate der öffentlichen Diskussion einfließen sollen.

## IMPRESSUM

EU KOMP@KT ist ein vierzehntägiges Informationsschreiben der Vertretung des Freistaats Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

### Verantwortlich:

Christine Holeschovsky (CH)  
Leiterin der Vertretung, Grundsatzfragen  
christine.holeschovsky@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 42

### Mitarbeiter:

Wolfgang Borde (WB)  
Stellvertretender Leiter der Vertretung  
Zuständig für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Bildung, AdR  
wolfgang.borde@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 55

Ulrich Kamper (UK)  
Zuständig für Steuern, Finanzen  
ulrich.kemper@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 44

Martin Margraf (MM)  
Zuständig für Wirtschaft, Beihilfen, Regionalpolitik  
martin.margraf@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 41

Annelie Zapfe (AZ)  
Zuständig für Forschung, Technologie, Innovationspolitik, Kultur  
annelie.zapfe@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 64

Dr. Anja Zenker (AZe)  
Zuständig für Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Verkehr  
anja.zenker@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 46

Yvonne Marx (YM)  
Zuständig für Redaktion  
yvonne.marx@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 60

## AUSSCHREIBUNGEN

### Wettbewerb Euroscola

(WB) Das Verbindungsbüro des EU-Parlaments in Deutschland ruft auch 2020 wieder zum [Euroscola-Wettbewerb](#) auf. Das Thema lautet: „Vereinigtes Deutschland - vereinigtes Europa?“. Die Gewinner des Wettbewerbs nehmen als deutsche Vertreter am Programm Euroscola im EU-Parlament in Straßburg teil. Dort treffen sich 15-mal im Jahr je ca. 500 Jugendliche aus allen EU-Mitgliedstaaten für einen Tag. Der Beitrag kann als Kurzgeschichte, Comic, Gedicht, Rede, Theaterstück, Krimi, Präsentation, Kurz-film, Ausstellung, Poetry Slam, Fotoreportage, online-Blog oder Nachrichtenbeitrag eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 3. April 2020.

